

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 17. Juli 2014

Antrags-Nr. 14-F-33-0090

Unterstützung für Vereine bei Veranstaltungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 09.07.2014 -

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer funktionierenden Stadtgesellschaft. Ohne die Aktivitäten der vielen Vereine, Gruppen, Initiativen und Verbände wäre das Leben in Wiesbaden ein großes Stück eintöniger, würde viel am Zusammenhalt in der Stadt fehlen, könnte Tradition und Brauchtum nicht in ansprechender Weise gepflegt werden.

In den vergangenen Monaten kam es allerdings seitens der Wiesbadener Vereinswelt immer wieder zu Beschwerden bzgl. einer - aus Sicht der Vereine - zu restriktiven Genehmigungs-praxis bei Veranstaltungen. Genannt werden die zunehmenden Auflagen für Veranstaltungen im Freien, gleichzeitig aber auch neue Reglementierungen bei Aktivitäten in geschlossenen Räumen. So seien inzwischen bei kleinen Veranstaltungen in Bürgerhäusern Bestuhlungspläne zu erbringen, die von Architekten aufgestellt werden müssten. Beklagt werden insbesondere die hohen und teilweise nicht einheitlichen Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. einen schriftlichen Bericht vorzulegen, welche Genehmigungspraxis sich in den vergangenen Monaten und Jahren aufgrund von Landes- und Bundesregelungen geändert hat, sofern es um Sicherheitsaspekte bei Veranstaltungen geht;
2. eine Checkliste zu entwickeln um, den Vereinen im Zuge von Genehmigungsverfahren bei der Anmeldung von Veranstaltungen (wie z. Bsp. Baugenehmigungen, Brandschutz, u. v. w.) Unterstützung zu leisten;
3. Durch einen Rundbrief in regelmäßigem Kontakt mit der Wiesbadener Vereinswelt zu treten, damit die Information über etwaige Veränderungen von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei den antragstellenden Vereinen ankommt, um so Irritationen bei der Genehmigungspraxis vermeiden zu können.
4. zu prüfen, ob der vorliegende Personalbestand in den Genehmigungsbehörden ausreichend ist, um dem Beratungs- und Bearbeitungsbedarf der Vereine hinreichend Rechnung tragen zu können.
5. zu prüfen ob z.B. über Gebührenermäßigungen oder andere Dienstleitungen seitens der LHW weitere Entlastungen für die Vereine möglich sind.

Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen vom 16.07.2014

Der Antrag der CDU-SPD Koalition wird folgendermaßen geändert (Änderungen kursiv und unterstrichen):

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. unverändert;
 2. eine Checkliste zu entwickeln, um den Vereinen und Initiativen im Zuge von Genehmigungsverfahren bei der Anmeldung von Veranstaltungen (wie z. Bsp. Baugenehmigungen, Brandschutz, u. v. w.) Unterstützung zu leisten;
 3. durch einen Rundbrief in regelmäßigem Kontakt mit der Wiesbadener Vereinswelt und den Initiativen zu treten, damit die Information über etwaige Veränderungen von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei den antragstellenden Vereinen und Initiativen ankommt, um so Irritationen bei der Genehmigungspraxis vermeiden zu können.
 4. zu prüfen, ob der vorliegende Personalbestand in den Genehmigungsbehörden ausreichend ist, um dem Beratungs- und Bearbeitungsbedarf der Vereine und Initiativen hinreichend Rechnung tragen zu können.
 5. zu prüfen ob z.B. über Gebührenermäßigungen oder andere Dienstleitungen seitens der LHW weitere Entlastungen für die Vereine und Initiativen möglich sind.
-

Beschluss Nr. 0315

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 09.07.2014 betr.

Unterstützung für Vereine bei Veranstaltungen

wird in der Fassung des Änderungsantrages von Bündnis 90/Die Grünen wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. einen schriftlichen Bericht vorzulegen, welche Genehmigungspraxis sich in den vergangenen Monaten und Jahren aufgrund von Landes- und Bundesregelungen geändert hat, sofern es um Sicherheitsaspekte bei Veranstaltungen geht;
2. eine Checkliste zu entwickeln um, den Vereinen und Initiativen im Zuge von Genehmigungsverfahren bei der Anmeldung von Veranstaltungen (wie z. Bsp. Baugenehmigungen, Brandschutz, u. v. w.) Unterstützung zu leisten;
3. durch einen Rundbrief in regelmäßigem Kontakt mit der Wiesbadener Vereinswelt und den Initiativen zu treten, damit die Information über etwaige Veränderungen von Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt bei den antragstellenden Vereinen und Initiativen ankommt, um so Irritationen bei der Genehmigungspraxis vermeiden zu können.
4. zu prüfen, ob der vorliegende Personalbestand in den Genehmigungsbehörden ausreichend ist, um dem Beratungs- und Bearbeitungsbedarf der Vereine und Initiativen hinreichend Rechnung tragen zu können.
5. zu prüfen ob z.B. über Gebührenermäßigungen oder andere Dienstleitungen seitens der LHW weitere Entlastungen für die Vereine und Initiativen möglich sind.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2014

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2014

1. Dezernat VII i. V. m. Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernate I, III + VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister